



öffentlich

**Betreff:**  
Naturkundemuseum

Erstellungsdatum 18.03.2008

Eingang 902:

**Einreicher:** Fraktion Grüne/B90

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.04.2008	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X
16.04.2008	Ausschuss für Finanzen		
17.04.2008	Ausschuss für Kultur		

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Landesregierung in Verhandlungen über eine wesentlich stärkere Beteiligung des Landes am Betrieb des Naturkundemuseums einzutreten.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt			
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Das Naturkundemuseum erfüllt in der Forschung, Fachberatung und in der Dokumentation der Flora und Fauna im Land Brandenburg Landesaufgaben. So repräsentiert das Museum beispielsweise auf der 9. Vertragsstaatenkonferenz zum Schutz der biologischen Vielfalt in Bonn im Mai 2008 auch das Land Brandenburg mit der Ausstellung „In der Spur des Menschen – biologische Invasionen in aller Welt“. Die für die verschiedensten Aufgaben erforderlichen Bedingungen kann die Landeshauptstadt Potsdam nicht allein aufbringen. Es ist in der Sache gerechtfertigt, dass das Land ähnlich wie in der Stadt- und Landesbibliothek zusätzlich eine projektunabhängige Beteiligung an der Finanzierung der fachlichen Landesaufgaben beisteuert.